

Foto: dpa

So was kommt von so was: Nordmali, Januar 2013

Wir Geburtshelfer

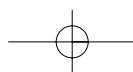
Ägypten und Tunesien, Libyen und Mali: Die Interventionen des Westens in die Staaten der arabischen/islamischen Welt produzieren stets mehr von dem, was sie verhindern sollen.

Von Jörg Kronauer

Der Krieg wird wohl weitergehen, sagt Yves Trotignon. Das Wochenmagazin »Jeune Afrique«, das in Paris herausgegeben wird und mit panafrikanischem Anspruch auftritt, befaßt sich ausführlich mit der Intervention westlicher Staaten in Mali. Die Re-

daktion verhehlt nicht, daß sie den Militäreinsatz gutheißt. Es sei, hält Ende Januar ein Beitrag rückblickend fest, den französischen und malischen Soldaten ohne größere Schwierigkeiten gelungen, die islamistischen Milizen binnen kürzester Zeit aus den Städten Nord-

malis zu vertreiben, deren Bevölkerung fast ein Jahr lang von den Islamisten terrorisiert worden ist. Der Sieg schein nun nahe. Doch Trotignon, ein einstiger Mitarbeiter des französischen Auslandsgeheimdienstes Direction Générale de la Sécurité Extérieure (DGSE), warnt vor voreili-



gem Triumph. Er erläutert »Jeune Afrique« die Gründe für den raschen Rückzug der Islamisten: »Sie wissen sehr gut, daß sie einem militärischen Zusammenstoß nicht standhalten könnten.« Aufgeben jedoch würden sie kaum: »Ihre Strategie wird wohl eine Mischung aus Guerilla und Terrorismus sein« – ganz wie in Afghanistan und im Irak.

Die Militärintervention in Mali müsse weitergeführt werden, sagt der deutsche Außenminister Westerwelle. Schon zu Beginn der französischen Operationen hat er seinem Pariser Amtskollegen Unterstützung zugesagt. »Der Einsatz Frankreichs in Mali ist notwendig«, erklärte er damals, »er ist richtig, und er ist auch vom Völkerrecht gedeckt« – schließlich hat die malische Regierung, mag sie auch per Putsch an die Staatsspitze gelangt sein, die einstige Kolonialmacht formal um Unterstützung gegen die vorrückenden islamistischen Milizen gebeten. »Die beste Entlastung Frankreichs« sei es, ergänzte Westerwelle Ende Januar, wenn man die nach Mali entsandten afrikanischen Truppen trainiere und ihnen Ausrüstung und Logistik zur Verfügung stelle, damit sie den Krieg gegen die Islamisten selbst führen könnten: »Dementsprechend arbeiten wir mit logistischer Unterstützung, aber auch mit einer Ausbildungsmission.« Denn, das hatte der Minister schon Mitte des Monats erklärt: »Wir Europäer haben ein gemeinsames Interesse daran, daß Mali nicht zu einem Rückzugsort und zu einer Hochburg des Terrorismus gewissermaßen unmittelbar vor unserer europäischen Haustür wird.«

Tatsächlich? Nun – blickt man auf die westliche Politik der letzten Jahre im nördlichen Afrika zurück, könnte man glatt das Gegenteil vermuten. Denn der Westen, auch Deutschland, hat viel dazu beigetragen, daß Mali sich heute in einem katastrophalen Krieg mit Islamisten befindet. Zusätzlich zur ökonomischen Ausbeutung (siehe KONKRET 1/13), die in jedem betroffenen Land die Spannungen anheizt, haben konkrete politische Maßnahmen des Westens im nördlichen Afrika fatale Folgen gehabt – Maßnahmen, die zunächst vor allem die Staaten am Mittelmeer betrafen, die aber in der einen oder anderen Form gravierende Auswirkungen auch auf Mali hatten und haben. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Kooperation mit unterschiedlichen islamistischen Kräften, auf die Deutschland und die westlichen Mächte seit Beginn der Umbrüche in der arabischen Welt setzen (siehe KONKRET 2/13). Daß zum Beispiel in Ägypten und Tunesien inzwischen Islamisten nicht nur das Sagen haben, sondern vom Westen auch noch hofiert werden, hat die gesellschaftliche und politische Lage im gesamten nördlichen Afrika spürbar verändert. Profiteure dieser Kooperation sind nicht nur die Muslimbrüder, sondern auch Salafisten; die soziale Dynamik in Richtung Islamismus wird zudem durch zwei enge Kooperationspartner des Westens gefördert: die vom Wahhabismus, der reaktionärsten Strömung des Islamismus, geprägten Diktaturen Qatar und Saudi-Arabien.

Gewinnt der Islamismus in Ägypten und Tunesien gesellschaftlich und politisch dramatisch an Einfluß, so hat er in Libyen sogar maßgeblich zum Sturz Muammar al Gaddafis beigetragen – und bricht sich nun weiter Bahn. Stark ist dort vor allem die Muslimbruderschaft; daneben existieren salafistische Organisationen, von denen einige zumindest eine terroristische Vergangenheit haben. Eine wichtige Rolle in diesem Spektrum spielt Abd al Hakim Belhadj, ein in Libyen bekannter und einflußreicher Afghanistan-Veteran, der in den achtziger Jahren an der Seite des Westens am Hindukusch gegen die Sowjetunion gekämpft hat. 1990 war er an der Gründung der Libyan Islamic Fighting Group beteiligt, einer islamistischen Terrororganisation, die 1996 Gaddafi zu beseitigen suchte – unterstützt übrigens vom britischen Auslandsgeheimdienst MI6. Belhadj und seine islamistischen Milizionäre waren 2011 an Gaddafis Sturz beteiligt – auch dies mit freundlicher Unterstützung des Westens. Heute ist der alte Kämpfer offiziell Chef einer politischen Partei (Al Watan), gilt jedoch nach wie vor als mächtiger Warlord. Daß der gewalttätige Islamismus in Libyen immer stärker wird, ist seit dem mörderischen Überfall auf das US-Konsulat in Bengasi im September 2012 und seit der Terrorwarnung westlicher Behörden im Januar

Der Westen hat mit dem Libyen-Krieg unmittelbar zur Spaltung Malis beigetragen

2013 (ebenfalls für Bengasi) allgemein bekannt. Es handelt sich letztlich um eine weitere Zuspitzung der islamistischen Dynamik, die der Westen mit dem Krieg gegen Gaddafi und mit seiner Unterstützung für dessen islamistische Feinde in Libyen freigesetzt hat.

Was hat das alles mit dem Krieg in Mali zu tun? Eine Menge. Die neuen Freiräume, die gewalttätige islamistische Organisationen in Libyen genießen, kommen etwa auch der Gruppe Al Qaida au Maghreb islamique (AQMI) zugute. Wie die Washingtoner Brookings Institution in einer Analyse berichtet, konnte die Terrororganisation ihre Präsenz in Libyen schon während des Nato-Krieges ausbauen. Ziel sei es offenbar, das im Chaos versinkende Land als logistische Basis zu nutzen, erklärte der Think-Tank. So sei ein gewisser Mokhtar Belmokhtar, ein hoher AQMI-Funktionär, Anfang 2012 nach Libyen gereist, um dort Waffen für seine Aktivitäten in Mali zu beschaffen. Die übliche Route verläuft über Niger, wo bereits Ende 2011 ein Konvoi aufgegriffen worden war, der große Mengen Sprengstoff und über 400 Sprengkapseln nach Nordmali bringen sollte – in ein AQMI-Camp. Das Material stammte laut einem UN-Bericht ebenfalls aus libyschen Beständen. Als nur wenige Tage nach Beginn der westlichen Luftangriffe auf Libyen der Präsident Tschads, Idriss Déby, warnte, an den Aufständen in Libyen sei auch Al Qaida beteiligt, und Gaddafis Sturz könne »gravierende Folgen für die Stabilität der Re-

gion und die Ausbreitung des Terrorismus in Europa, an der Küste des Mittelmeers und im Rest Afrikas« haben, wurde er auch hierzulande nicht sonderlich ernstgenommen. Zu Unrecht, wie sich heute in Mali zeigt.

Daß der Westen mit dem Libyen-Krieg nicht nur Freiräume für islamistische Terroristen inklusive Al Qaida geschaffen, sondern auch unmittelbar zur Spaltung Malis Anfang 2012 beigetragen hat, ist bekannt: Mindestens 1.500 Tuareg kehrten im Verlauf der zweiten Jahreshälfte 2011 aus Libyen, wo sie auf Gaddafis Seite gekämpft hatten, schwerbewaffnet nach Mali zurück. Daß das Folgen haben würde, war klar. Bereits Mitte 2011 war in der malischen Öffentlichkeit von einer neuen Tuareg-Rebellion die Rede, mit der zu rechnen sei, sollte das libysche Regime stürzen; dann müßten nämlich die Tuareg-Milizionäre die rassistische Gewalt der Gaddafi-feindlichen Gruppierungen fürchten. Der Westen nahm in seinem Wüten gegen den »Revolutionsführer« keinerlei Notiz von Petitesse wie der Lage in Mali, die Nato bombte weiter. Im Oktober 2011 wies die Jamestown Foundation aus Washington darauf hin, daß die im Sommer vollzogene Abspaltung des Südsudan – sie war auf westliches Drängen umgesetzt worden – von den Tuareg zusätzlich als willkommenen Präzedenzfall für ihre Staatsgründungspläne begriffen werde und diesen weiteren Auftrieb gebe. Darüber hinaus erhielten die Tuareg praktische Hilfe in recht überraschender Form.

Die Vereinigten Staaten hatten seit 2002 Soldaten aus mehreren westafrikanischen Staaten trainiert, um sie in ihren »Anti-Terror-Krieg« einzubinden. Allein seit 2008 hätten sie bis zu 600 Millionen US-Dollar dafür ausgegeben, berichtete im Januar 2013 die »New York Times«. Die Streitkräfte Malis hätten dabei als durchaus beispielhafter Verbündeter gegolten; die USA hätten vier Einheiten für den Kampf gegen Terroristen ausgebildet, entsprechend hochgerüstet und im Norden des Landes stationieren lassen. An die Spitze der »Anti-Terror-Einheiten« hätten sie Militärs gestellt, die sie für besonders fähig für den Wüstenkrieg hielten, schrieb die »New York Times« – Tuareg-Kämpfer; das hatte die malische Armee bis dahin bewußt vermieden. Aus Gründen: Als die Tuareg-Rebellion begann, sollen die Tuareg-Kommandeure dreier der vier Spezialeinheiten ihre Waffen, Ausrüstung und Soldaten in die Reihen der Aufständischen überführt haben, insgesamt, den Berichten zufolge, rund 1.600 Mann. Gegen diese und gegen die kampferprobten Libyen-Heimkehrer war der Rest der kleinen malischen Armee machtlos. »Die US-Hilfe war letztlich nicht hilfreich«, faßte ein hochrangiger malischer Offizier das Desaster, das der Tuareg-Revolution die letzte Durchschlagskraft verliehen hatte, diplomatisch zusammen.

Hinzu kam, daß in Mali gewisse Kooperationspartner des Westens in den letzten Jahren ebensowenig untätig geblieben waren wie in Ägypten, Tunesien und Libyen – nämlich Qatar und Saudi-Arabien. Die beiden schwerreichen

• Diktaturen stecken ihr Geld seit je zum Teil in den Aufbau von Religionsschulen und karitativen Einrichtungen in aller Welt, wovon islamistische Strömungen jeder Art profitieren – auch in Mali, wo der Islamismus traditionell keine besondere Rolle gespielt hat. In den letzten zehn Jahren, also in der Zeit, als die USA »Anti-Terror-Truppen« für den Kampf gegen die erst entstehenden Al-Qaida-Strukturen in der Sahara trainierten, seien in Mali »unzählige Moscheen« errichtet worden, »in denen Kinder und Jugendliche von ausländischen Predigern auf den »rechten Weg« gebracht« worden seien, berichtete die »FAZ« im Januar. Hunderte Koranschüler aus Mali seien jedes Jahr zum religiösen Studium nach Saudi-Arabien geholt worden; der Islamismus sei, das müsse man konstatieren, »nicht über Nacht in das Land gekommen«. Tatsächlich scheint sich die Stimmung unter jungen Menschen im Norden Malis zu polarisieren: Während dort schon bald nach der Machtübernahme der Islamisten Jugendproteste gegen deren Herrschaft entflammten, nahmen andererseits zahlreiche Jugendliche an den Kämpfen gegen die französische Armee teil – auf Seiten der islamistischen Milizen.

Daß die islamistischen Organisationen Ansar al Din und Mouvement pour l'Unité et le Jihad en Afrique de l'Ouest (Mujao, Bewegung für den Monotheismus und den Jihad in Westafrika) den Machtkampf gegen den nichtislamistischen Mouvement national pour la Libération de l'Azawad (MLNA) im Frühjahr 2011 so rasch für sich entscheiden konnten, ist wohl, zumindest zum Teil, auch materieller Unterstützung aus Qatar geschuldet. Mitarbeiter des französischen DGSE klagten schon im Juni 2012, das Emirat greife den islamistischen Milizen in Nordmali finanziell unter die Arme. Sicher ist, daß Qatar Hilfslieferungen in die von den Islamisten kontrollierten Gebiete transportieren ließ, die deren Herrschaft abzufedern halfen. Auch Saudi-Arabien soll Hilfslieferungen nach Nordmali organisiert haben. »Jeune Afrique« zitiert einen französischen Islam-Experten, dem zufolge sogar der unmittelbare Auslöser für die französische Intervention auf saudisch-qatarische Einflußkämpfe zurückgeht. Demnach habe sich die von Riad finanzierte Miliz Ansar al Sharia von der von Doha unterhaltenen Ansar al Din abgespalten und Anfang des Jahres – damit man sich nicht in die Quere komme – ein eigenes Territorium zu erobern versucht, in Konna. Paris sah eine rote Linie überschritten und griff ein. Qatars Herrscherclan war damit nicht einverstanden. »Ich glaube nicht, daß Gewalt das Problem lösen wird«, ließ sich der Premierminister des Landes auf ganz ungewohnte Weise vernehmen. Ähnlich äußerte sich auch der ägyptische Staatspräsident Muhammad Mursi, dessen Muslimbruderschaft recht enge Beziehungen nach Doha unterhält. »Wir lehnen die ausländische Militärintervention in Mali ab«, teilte Mursi, mittlerweile ebenfalls ein Kooperationspartner des Westens, Mitte Januar bei einem arabischen Gipfeltreffen in Riad mit.

Überraschen sollte die saudisch-qatarische Unterstützung für die nordmalischen Islamisten freilich niemanden – schon gar nicht die Regierungsapparate im Westen: Sie arbeiten schließlich seit dem Beginn der Umbrüche in der arabischen Welt Anfang 2011 mit den Gofdiktaturen noch enger als zuvor zusammen, und das nicht mehr nur beim Kampf gegen Iran, sondern nun auch bei der Kooperation mit islamistischen Organisationen wie der ägyptischen Muslimbruderschaft. Im Krieg gegen Gaddafi wurde die Zusammenarbeit gewaltförmig: Kampfflugzeuge und Bodentruppen aus Qatar beteiligten sich am Nato-Krieg, das Emirat ließ außerdem libysche Milizen, vor allem islamistische, ausrüsten und trainieren. Ganz ähnlich geschieht es in Syrien: An der Seite des Westens tragen Qatar und Saudi-Arabien auch hier zum Krieg gegen das Regime bei und bemühen sich ebenfalls besonders um die Unterstützung islamistischer Freischärler. Zuweilen gibt es Reibereien mit dem Westen, da man sich nicht immer vollkommen einig ist, welche Form des Islamismus für die syrischen Milizionäre, die nach einem Sturz Assads in Damaskus eine starke Stellung inne hätten, noch akzeptabel sein soll; doch hat man bislang noch stets einen gemeinsamen Nenner gefunden. In Mali ist das erstmals nicht mehr der Fall; dort sind Qatar

Ein Mißgeschick wie die Sache mit den Islamisten in Mali kommt dabei halt mal vor

und Saudi-Arabien mit ihrer Unterstützung für die Islamisten aus Sicht der westlichen Regierungsapparate über die Stränge geschlagen.

Daß es früher oder später so kommen würde, war klar – so ist es in der Geschichte der westlichen Kooperation mit Islamisten schließlich schon immer gewesen. Noch ein Beispiel? Mokhtar Belmokhtar wäre eines. Der Mann, 1972 in Algerien geboren, ging Anfang der neunziger Jahre nach Afghanistan, wo er sich am Krieg der Mujahedin gegen die sozialistische Regierung beteiligte. Die Mujahedin – das waren die islamistischen Milizen, mit denen der Westen und Saudi-Arabien in den Achtzigern kooperiert hatten, um die Rote Armee vom Hindukusch zu vertreiben. Belmokhtar konnte sich damals also durchaus auf der Seite des Westens wähnen. 1993 kehrte er nach Algerien zurück und mischte im Krieg des islamistischen Gruppe Islamique Armé (GIA) gegen das Militärregime mit. Später baute er in der Sahara ein Schmuggelnetzwerk auf und stieg – dies nun unter dem Label AQMI – in die lukrative Entführungsbranche ein. Ihm werden gute Beziehungen unter anderem in die islamistische Szene Libyens nachgesagt, die sich – auf Seiten des Westens – am Sturz Gaddafis beteiligt hat. Von Libyen aus startete in den frühen Morgenstunden des 16. Januar 2013 das nun nicht mehr auf Seiten des Westens stehende, von Belmokhtar kontrollierte Terrorkommando, das kurz darauf auf dem grenznahen algerischen

Erdgasfeld In Amenas seine mörderische Geiselnahme beging.

Und nun? Man könnte die Politik der Einmischung in der arabischen Welt, die zu solchen Ergebnissen führt, theoretisch natürlich beenden – eine Politik, die zunächst mit den Mitteln des sogenannten Anti-Terror-Kriegs operierte und in Afghanistan, im Irak, in der Kooperation mit folternden Despoten à la Mubarak scheiterte, die jetzt statt dessen in Kooperation mit islamistischen Kräften realisiert wird und die im Fall der ägyptischen Muslimbrüder, der islamistischen Milizen in Libyen und in Syrien oder eben auch in Mali gleichfalls fatale Folgen hat. Allerdings gibt es da eben Erdgasfelder wie dasjenige von BP in In Amenas, Erdölfelder in der libyschen Wüste, die die deutsche Wintershall ausbeutet, das Uran aus den Lagerstätten der nigrischen Sahara, auf das die französische Uranindustrie angewiesen ist, und diverse noch unerschlossene Bodenschätze im riesigen Sahara-Sahel-Gebiet mehr. Der Westen hat sich den Zugriff auf diese Reichtümer stets mit einer Politik der Einmischung gesichert; ein Mißgeschick wie die Sache mit den Islamisten in Mali kommt dabei halt mal vor. Auch für solche Fälle gibt es jedoch eine Option – den Griff zur Gewalt. Und so stehen nun Soldaten aus europäischen Staaten im Sahel und stoßen in die malische Sahara vor.

Führen wird das wohl, meint der altgediente DGSE-Experte Yves Trotignon, zu Guerilla-attacken und Terror. Es werde sehr schwierig sein, die islamistischen Rebellen in der Bevölkerung aufzuspüren, zumal sie über beste Kenntnisse des Gebietes und »gefestigte Bindungen zu den örtlichen Clans« verfügen. Sehr mobil seien sie, bestens ausgerüstet – Geld spielt dank der Entführungsindustrie kaum eine Rolle –, und die Sahara sei riesig, Grenzen gebe es nur auf dem Papier. Grenzen? Letztes Jahr hat die EU beschlossen, nach Libyen und nach Niger Personal zu entsenden, um in den beiden Ländern die Grenzabschottung voranzutreiben (siehe den Beitrag S. 23). Zumindest Libyen wäre dank seiner Bodenschätze in der Lage, hochmoderne Grenzsicherungsanlagen zu finanzieren; Cassidian/EADS, Thales oder die italienische Finmeccanica wären gern dabei. Cassidian hat in Algerien bereits den Auftrag zur Hochrüstung der Grenzen erhalten. Neu ist die Idee, Aufständische mit Sicherungsanlagen vom Überqueren von Grenzen abzuhalten und ihren Spielraum empfindlich einzuschränken, nicht – die Nato hat das an der afghanisch-pakistanischen Grenze versucht. Das Ergebnis ist bekannt. Auch Trotignons Schilderungen erinnern allzusehr an die Entwicklung am Hindukusch. Es stimmt: Viele Menschen in Nordmali sind heilfroh, daß die Islamisten abgezogen sind, und ihnen wäre zu wünschen, daß es dabei bleibt. Nur: Genau das war in Afghanistan Anfang 2002 auch geschehen. •

Jörg Kronauer schrieb in KONKRET 2/13 über die deutsche Kooperation mit den Islamisten in Ägypten